

# Politik : Couchepin tritt ab - mit durchzogener Bilanz

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **36 (2009)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910366>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Couchepin tritt ab – mit durchzogener Bilanz

Nach elf Jahren in der Landesregierung tritt Pascal Couchepin per Ende Oktober dieses Jahres zurück. Um seine Nachfolge buhlen die Freisinnig-Liberalen und die Christlichdemokraten. Wahltag ist der 16. September 2009. Von René Lenzin

Im April wurde Pascal Couchepin 67 Jahre alt und hat damit jenes Alter erreicht, das er 2003 als künftiges Rentenalter in Aussicht gestellt hatte. Nun geht der freisinnige Bundesrat aus dem Wallis tatsächlich in Pension. Am letzten Tag der Sommersession hat er seinen Rücktritt per 31. Oktober erklärt. Er wolle vor dem Abgang noch die Abstimmung über die Invalidenversicherung zu gewinnen versuchen (siehe unten stehenden Text) sowie die dringlichen Massnahmen zur Senkung der Gesundheitskosten durchs Parlament bringen, erklärte Couchepin vor den Medien.

Am 11. März 1998 in die Landesregierung gewählt, leitete Couchepin vom 1. April 1998 bis Ende 2002 das Volkswirtschaftsdepartement. Danach wechselte er ins breiter gefächerte und weitaus komplexere Departement des Innern. Er wurde damit gleichzeitig Sozial-, Gesundheits- und Bildungsminister. In diesen Funktionen hat er weniger erreicht, als er sich beim Departementswechsel vorgenommen hatte. Nach dem Nein des Volks

zur 11. Revision der Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Mai 2004 ist noch kein mehrheitsfähiges Reformprojekt für dieses Sozialwerk zustande gekommen. Und auch der Grossteil von Couchepins Reformvorschlägen im Gesundheitswesen sind blockiert oder gar am Widerstand der diversen Interessengruppen gescheitert.

Auf der Habenseite kann Couchepin die fünfte IV-Revision verbuchen, mit der wichtige Impulse für die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt eingeführt wurden. Sollten Volk und Stände am 27. September die Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der IV befürworten, kann sich Couchepin grosses Verdienst für die Sanierung dieser chronisch defizitären Versicherung auf die Fahne schreiben. Zudem darf er für sich in Anspruch nehmen, in seinem Zuständigkeitsbereich einige – auch unpopuläre – Massnahmen zur Dämpfung der Kostenexplosion in der Krankenversicherung ergriffen zu haben.

## Höhere Mehrwertsteuer für die Invalidenversicherung?

Am 27. September 2009 stimmen Volk und Stände über die Sanierung der Invalidenversicherung sowie über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative ab. Von René Lenzin

Mit der vierten und fünften Revision der Invalidenversicherung (IV) ist es erstmals seit langer Zeit gelungen, die Zahl der Neurentnerinnen und -rentner zu senken. Trotzdem häuft die IV noch jährliche Defizite in Milliardenhöhe an. Ihr Schuldenberg beläuft sich mittlerweile auf über zehn Milliarden Franken. Nachdem das Volk im Mai 2004 eine Mehrwertsteuererhöhung zugunsten des AHV- und IV-Fonds abgelehnt hat, nehmen Bundesrat und Parlament nun einen neuen Anlauf. Sie schlagen vor, den Mehrwertsteuersatz von 7,6 Prozent während sie-

ben Jahren um 0,4 Prozentpunkte zu erhöhen. Das brächte der IV jährliche Einnahmen von 1,1 Milliarden Franken.

Gleichzeitig soll die IV aus dem AHV-Fonds ausgelöst werden. Als Startkapital soll sie fünf Milliarden Franken bekommen. Um dieses Sozialwerk nachhaltig zu sanieren, verpflichtet sich der Bundesrat ausserdem, bis Ende 2010 eine sechste IV-Revision mit Kostensenkungsmassnahmen vorzuschlagen. Ursprünglich war vorgesehen, die höhere Steuer nach einem Ja von Volk und Ständen bereits auf Anfang 2010 in Kraft zu setzen.

## Gehärtet im Walliser Stahlbad

Vor seinem Eintritt in die Landesregierung arbeitete Couchepin als selbstständiger Rechtsanwalt. Ab 1968 war er Mitglied der Exekutive und von 1984 bis 1998 Stadtpräsident seiner Geburtsgemeinde Martigny. 1979 wählten ihn die Walliser Stimmberechtigten erstmals in den Nationalrat. Von 1989 bis 1996 präsidierte er die Parlamentsfraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei. Couchepin ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Als Minderheitenvertreter im christlichdemokratisch dominierten Wallis war sich der Vollblutpolitiker gewohnt, mit harten Bandagen zu kämpfen. Seine Lust an der Provokation liess zuweilen in den Hintergrund treten, dass er im Grunde ein klassischer Schweizer Konsenspolitiker war, der sich am Schluss auf die Seite der mehrheitsfähigen Kompromisslösungen schlug.

Am 16. September wählt die Bundesversammlung den Nachfolger oder die Nachfolgerin Couchepins. Die Freisinnig-Liberalen haben den Anspruch auf den frei werdenden Bundesratssitz bekräftigt. Kampflös werden sie ihn allerdings nicht erobern können. Die Christlichdemokraten wollen nämlich den 2003 verlorenen zweiten Sitz in der Regierung zurückholen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war noch nicht bekannt, welche Parteien mit welchen Kandidaten zur Wahl antreten werden.

Im Lichte der Wirtschaftskrise haben Bundesrat und Parlament in einer Hauruck-Übung beschlossen, die Erhöhung erst ein Jahr später wirkenzulassen. Mit Ausnahme der Schweizerischen Volkspartei stimmen alle Parteien der Vorlage zu. Der Nationalrat hat sie mit 126 zu 58 Stimmen verabschiedet, der Ständerat mit 39 zu 2.

Im Februar 2003 haben Volk und Stände mit der allgemeinen Volksinitiative einem neuen demokratischen Instrument zugestimmt. Dieses sah vor, Anliegen in der Form der allgemeinen Anregung vorzubringen. Nach einem Ja des Volkes hätten Bundesrat und Parlament entschieden, wie das Anliegen umzusetzen wäre. Nun sind sie aber zum Schluss gelangt, dass sich dieses Instrument in der Praxis als zu kompliziert erweist und schlagen daher vor, es wieder abzuschaffen. Der Nationalrat empfiehlt diesen Schritt mit 178 zu 1 Stimme, der Ständerat mit 42 zu 0.